

17. Dezember 2013:

Presseinformation:

Anlässlich der weiterhin drängenden Frage der Entlastung der SchülerInnen der niedersächsischen Gymnasien durch eine schnelle Verlängerung der Schulzeit von 8 auf 9 gymnasiale Jahre hatten die Vorstände der Schulelternräte der Gymnasien Lüneburgs und Umgebung die regionalen Landtagsabgeordneten der Regierungsparteien (Frau Schröder-Ehlers, SPD; Frau Staudte und Herrn Scholing, Grüne) zu einer Aussprache zu diesem Thema am 16.12.2013 in die Mensa des Johanneums Lüneburg geladen. Neben den drei Abgeordneten waren alle sechs Gymnasien der Stadt und des Landkreises Lüneburg durch insgesamt 22 Vorstandsmitglieder vertreten.

Die Elternvertreter machten zunächst erneut die unverändert schlechte Situation der SchülerInnen insbesondere in der gymnasialen Mittelstufe deutlich. Sie betonten die einhellige Meinung aller vertretenen Schulen, dass diese Situation einer dringenden Änderung bedarf. Hierüber herrschte auch mit den anwesenden Abgeordneten Einigkeit.

Im Laufe der Veranstaltung machten die Elternvertreter deutlich, dass sie nicht gewillt sind, weitere Verzögerungen in Kauf zu nehmen. Sie forderten einhellig die Rückkehr zu G9 zum nächstmöglichen Zeitpunkt, also zum 01.08.2014 unter Zugrundelegung der derzeit geltenden dann auf 9 Jahre zu streckenden Stundentafel mit 265 Stunden bis zum Abitur. Es wurde ein durch die Elternschaft erarbeitetes Konzept vorgestellt, welches auf dieser Grundlage die unverzügliche, kostenneutrale und flexible Umsetzung der Schulzeitverlängerung ohne großen organisatorischen Aufwand und ohne Notwendigkeit der aktuellen Überarbeitung von Lehrinhalten und –struktur belegt. Dieses wurde den Abgeordneten in komprimierter Form übergeben. Die durch eine schnelle Entspannung der Situation gewonnene Ruhe und Zeit sollte dann selbstverständlich für eine Verbesserung der inhaltlichen Situation genutzt werden.

Die Elternvertreter betonten noch einmal deutlich, dass eine Verringerung des Lehr- und Leistungsumfanges unter Beibehaltung von G8, wie es u.a. von der Landesregierung auch überlegt wird, keine sinnvolle Alternative angesichts der Erfordernis einer breiten und allgemeinbildenden Ausbildung mit einer Hinführung zu einer wahren allgemeinen Hochschulreife sein kann und dass diese Möglichkeit generell abgelehnt wird.

Die Elternvertreter forderten die Abgeordneten abschließend auf, im Rahmen ihres Mandates an einer unverzüglichen Lösung dieses drängenden Problems mitzuwirken.